

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Katharina Focke MdEP
setzt sich mit der EG-Pol-
itik des Bundeskanzlers
auseinander: Kohls Euro-
pa-Getöse. Seite 1

Rudolf Dreßler MdB, Bun-
desvorsitzender der Ar-
beitsgemeinschaft für Ar-
beitnehmerfragen in der
SPD, fordert Kohl auf:
Franke-Erlaß rückgängig
machen. Seite 3

Hans-Ulrich Klose MdB
analysiert das Schicksal
der Genscher-Partei: Das
Ende der FDP. Seite 5

39. Jahrgang / 119

25. Juni 1984

Kohls Europa-Getöse

Die Kanzler-Worte zu den EG-Problemen taugen allenfalls
für Sonntagsreden

Von Dr. Katharina Focke MdEP

Ein Programm für eine grundsätzliche Neuorientierung
der europäischen Gemeinschaftsentwicklung ist nach den
2. Direktwahlen zum Europäischen Parlament dringender denn
je geboten, hat doch eine große Zahl von Wählern entweder
durch Stimmenthaltung oder deutliche Bevorzugung der ver-
schiedensten Protestparteien ihren Unmut über den gegen-
wärtigen desolaten Zustand der Gemeinschaft kundgetan.
Zwar haben sie damit das Parlament bestraft, obwohl sie
das Versagen der nationalen Regierungen gemeint haben;
aber es gilt nun, aus diesem Wählervotum die Konsequenzen
zu ziehen. Sie lauten: Die Gemeinschaft muß für die Bür-
ger wieder Sinn machen, begreifbar werden und eine gewisse
Attraktivität ausstrahlen.

Gerade aber das Ziel, der EG eine neue Perspektive zu ge-
ben, dürfte durch die Milliarden Geschenke der Bonner Re-
gierungskoalition an die deutschen Bauern bereits im Keim
erstickt werden. Bonn will den Europäischen Rat zur Appel-
lationsinstanz für seinen nationalen, gegen die EG-Regeln
verstoßenden Subventionsalleingang erheben, nachdem
bereits die Brüsseler Kommission wie auch der Rat der
Außenminister gegen die über die Beschlüsse vom März hin-
ausgehenden Einkommenshilfen ihr Veto eingelegt haben. Bun-
deskanzler Kohl will auf dem europäischen Gipfel eine Ände-
rung der 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie der EG unter Aus-
schaltung des Europäischen Parlaments durchsetzen. Davor
kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Das Parla-
ment wird um seine Rechte kämpfen!

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Vertriebspartner
im sozialistischen Raum
Karl-Liebknecht-Verlag



Was die SPD vorausgesagt hat, ist nun eingetreten: Mit ihren billigen Wahlversprechen im Vorfeld der Europawahl zugunsten der deutschen Großagrарier, die den Steuerzahler mit glatten 15 Milliarden Mark für fünf Jahre teuer zu stehen kommen würden, begibt sich die Regierung Kohl nun auf das gleiche Niveau wie Frau Thatcher, die bisher mit ihrer Parole "I want my money back" die vergangenen Gipfeltreffen blockiert hat.

Die anderen Regierungen wissen: Die Anhebung der Vorsteuerabzugspauschale in der Bundesrepublik hat ökonomisch die gleiche Wirkung wie höhere Agrарpreise und führt daher zu einem Produktionsanstieg. In einer Situation, wo es darum geht, landwirtschaftliche Überschüsse abzubauen, werden selbst die bescheidenen Erfolge des Brüsseler Agrарkompromisses zur Produktionseindämmung durch die Bonner Regierungspolitik wieder gefährdet.

Mit der Maßlosigkeit in der deutschen Agrарpolitik zeichnet sich das Menetekel der Renationalisierung der Agrарpolitik in den Ländern der EG ab. Denn es ist abzusehen, daß das schlechte deutsche Beispiel Schule machen wird. Schon aus Wettbewerbsgründen werden die anderen Agrар-Länder das Subventions-Karussell antreiben. Zum Schaden der Steuerzahler und Verbraucher.

Die Anhörung im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages hat in der vergangenen Woche zudem eindeutig ergeben: Die von der Regierungskoalition geplanten Maßnahmen verstoßen gegen das Gemeinschaftsrecht. Selbst der Bauernverband gab zu, daß politische Neuverhandlungen notwendig sind. Und mit solchen Neuverhandlungen will Kanzler Kohl nun den Pariser Gipfel belasten - wo doch spätestens nach dem Debakel von Athen und Brüssel bekannt war, daß solche Verhandlungen den Fachministern vorbehalten sein müssen. Kanzler Kohl hat damit einmal mehr bewiesen, daß sein europapolitisches Getöse bestenfalls für Sonntagsreden taugt - und selbst die deutschen Bauern lassen sich von ihm langsam nicht mehr verkohlen. (-/25.6.1984/ks/rs)

+ + +



Kohl muß handeln

Der Franke-Erlaß - ein beispielloser Skandal

Von Rudolf Dreßler MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Das europäische Gipfeltreffen in Fontainebleau ist eine gute Gelegenheit für Bundeskanzler Helmut Kohl, sich bei seinen europäischen Chef-Kolleginnen und Kollegen zu erkundigen, wie man es mit der Aussperrung hält. Präsident Mitterrand und Ministerpräsident Craxi würden nach einer Schilderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik doch recht verwundert darauf verweisen, daß die Aussperrung in ihren Ländern gravierenden rechtlichen Schranken unterworfen ist. Aussperrung wird in den genannten Ländern in der Regel als Vertragsverletzung angesehen ("Annahmeverzug der Arbeitsleistung"), was den Arbeitgeber verpflichtet, den Lohn weiter zu zahlen. Aussperrungen eines ganzen Wirtschaftsverbandes oder gar Ausweitung eines tariflich unkämpften Gebietes über eine Aussperrung werden nicht gestattet. In Italien und Frankreich wie auch in anderen Ländern haben die Verfassungen das Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern festgeschrieben und der Aussperrung einen kräftigen Riegel vorgeschoben.

Und wie hält es die "Eiserne Lady"? In Großbritannien wie etwa auch in den Niederlanden besteht die Pflicht zur Weiterzahlung der Löhne, falls ausgesperrt wird. Allerdings gibt es in diesen beiden Ländern kaum gesetzliche Regelungen für die Aussperrung. Weil aber die Pflicht zur Lohnfortzahlung besteht, spielt die Aussperrung keine große Rolle. In den Niederlanden wurde seit 40 Jahren überhaupt nicht mehr ausgesperrt. Ein Blick nach Dänemark - nach Skandinavien überhaupt - würde den Bundeskanzler belehren, daß die Aussperrung dort auch keine Rolle spielt. Dänemark zum Beispiel führt überhaupt keine Aussperrungstatistik, weil es nichts zu registrieren gibt.

In der Summe bedeutet das für den "Enkel Adenauers", falls er mit seinen Gipfel-Kolleginnen und Kollegen über Aussperrung sprechen sollte, in keinem westeuropäischen Staat ist die Aussperrung verfassungsrechtlich verankert - und was noch wichtiger ist: Bei keinem unserer Nachbarn wird die Aussperrung im Nachhinein in die Verfassung hineininterpretiert.



Es gibt vielmehr in einer ganzen Reihe von Ländern die verfassungsrechtliche Garantie des Streikrechts. Praktische Bedeutung hat die Aussperrung - sieht man von der Bundesrepublik ab - eigentlich nirgendwo, und wo sie nicht per Verfassung in ihrer Bedeutung relativiert wurde, sind der Aussperrung außerordentlich hohe rechtliche Schranken gesetzt. Die Aussperrung ist also ein Feld, auf dem die Bundesrepublik wirklich "führend" dasteht. Dies alles muß man wissen, wenn es gilt, die Lage am heutigen Montag zu werten.

Mittlerweile existieren vier Gerichtsurteile, die den Franke-Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit gegen die Auszahlung von Kurzarbeitergeld inhaltlich kritisieren. Daß die Arbeitgeber weiterhin gegen den für sie negativen Trend in der Rechtsprechung vorgehen und Karlsruhe anrufen, war nicht anders zu erwarten. Daß aber die Bundesregierung von ihrem Kurs nicht abrückt, ist ein sozialpolitischer Skandal, der keinerlei Beispiel hat. Die Bundesregierung steuert bei ihrer Unterstützung des Franke-Erlasses den Kurs der Rechtsverweigerung. War ihre bisherige Haltung schon durch das Brechen international gültiger Verträge (ILO-Normen) gekennzeichnet, so ist sie nun auf dem Wege, die Bundesanstalt für Arbeit endgültig zum Blüffel der Arbeitgeber umzufunktionieren.

Über die internationale verfassungsrechtliche Isolation der Bundesrepublik in der Frage der Aussperrung mag ein Konservativer noch achselzuckend hinweggehen. Daß aber eine selbstverwaltete Einrichtung wie die Bundesanstalt für Arbeit von Regierung und Arbeitgebern zwecks Durchsetzung einer arbeitnehmerfeindlichen Politik förmlich okkupiert wird, ist in der Geschichte der Bundesrepublik der sozialpolitische Tiefstand. Ähnlich wie beim Amnestievorhaben verletzt die Bundesregierung geltendes Recht und versucht es zugunsten der Unternehmer umzubiegen.

Wir fordern den Bundeskanzler daher auf, auf die Bundesanstalt für Arbeit einzuwirken, damit der Franke-Erlaß aufgehoben wird. Wir fordern ferner den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit auf, die Auszahlung von Kurzarbeitergeld für die mittelbar Ausgesperrten sicherzustellen und sofort in die Wege zu leiten. Alles andere wird die Situation in den umkämpften Tarifgebieten und auch darüber hinaus in einem Maße anheizen, daß laufende Schlichtungsbestrebungen und mögliche neue Schlichtungsversuche von vorn herein belastet sind.

(-/25.6.1984/ks/va)

+ + +



Das Ende der FDP

Genscher und Lambsdorff haben ihre Partei ins programmatische Aus geführt

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Der Abstieg der FDP in die politische Bedeutungslosigkeit scheint unaufhaltsam. Nachdem die Partei in einer Reihe von Landtagswahlen aus den regionalen Parlamenten hinausgewählt worden ist, hat es sie jetzt erstmals bei einer bundesweiten Wahl erwischt. Bei der Europa-Wahl am 17. Juni erreichte sie nur 4,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen und ist damit nicht mehr im Europäischen Parlament vertreten.

An der geringen Wahlbeteiligung kann es nicht gelegen haben. Denn die begünstigt die kleineren Parteien, deren geringere Wählerzahl dann prozentual stärker zu Buch schlägt. Bei einer höheren Wahlbeteiligung wäre die FDP mit hoher Wahrscheinlichkeit noch tiefer unter die Fünf-Prozent-Marke abgerutscht.

Was sonst sind die Gründe für den Abstieg der FDP? Liegt es an den Personen? An Graf Lambsdorff zum Beispiel, dem (noch) amtierenden Bundeswirtschaftsminister, dem die Bonner Staatsanwaltschaft Bestechlichkeit vorhält? An dem vielzitierten (weil PR-bewußten) FDP-Staatsminister Möllemann, von dem es heißt, er mißbraucht seine politischen Beziehungen, um sich persönliche ökonomische Vorteile zu verschaffen? (Der Fairneß halber sei für beide hinzugefügt, daß die Vorwürfe noch nicht rechtskräftig bewiesen sind). Liegt es an Hans-Dietrich Genscher, dessen Führungskraft ganz offensichtlich erschöpft ist oder sind es die unverfrorenen Amnestiepläne für politische Steuersünder - der Erfinderanteil der FDP an diesen Plänen ist, wie man weiß, beachtlich.

Ganz gewiß: Das alles sind Gründe, die das letzte schlechte Wahlergebnis der FDP erklären. Sie erklären aber nicht den Trend, der mit leichten Schwankungen über Jahre hinweg zu registrieren ist: - den Trend nach unten.

Den entscheidenden Grund sehe ich darin, daß die FDP programmatisch bedeutungslos geworden ist. Die Zeiten, in denen ein Karl-Hermann Flach einen sozial-verpflichteten und -handelnden Liberalismus als programmatische Grundsatzerklärung entwarf und zur Leitlinie praktischer FDP-Politik machte, sind längst vorbei. Die FDP ist weit zurückgegangen hinter ihr "liberales Godesberg".



Wer redet heute noch von den "Freiburger Thesen" des Liberalismus! Darin fordert die FDP die "Reform des Kapitalismus" und die "Demokratisierung der Gesellschaft durch größtmögliche und gleichberechtigte Teilhabe aller an der durch Arbeitsteilung ermöglichten Befriedigung der individuellen Bedürfnisse und Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten".

Man stelle sich das in der heutigen Zeit vor:

Ein Graf Lambsdorff, der für die Ausweitung der Mitbestimmung kämpft. Ein Hans-Dietrich Genscher, der die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen fordert. Lächerlich - und in der Tat unvorstellbar. "Der Markt wird's regeln" und "das freie Spiel der Kräfte schafft Freiheit" - das sind heute die Leerformeln. Die programmatische Armut der FDP ist durch nichts zu unterbieten. Die personellen Probleme der FDP sind die dazu passende Ergänzung. Genscher und Lambsdorff (auch der unglückliche Bundesjustizminister Engelhard) stehen nicht ein für ein liberales Programm. Ihnen geht es einzig und allein um die Teilhabe an der Regierungsmacht, um Posten und Ämter. Sie haben die FDP reduziert auf eine Hilfstruppe zur Mehrheitsbeschaffung.

Damit kommt die Partei über die Runden, wenn und solange ein größerer Koalitionspartner auf die wenigen FDP-Wähler - wirklich oder vermeintlich - angewiesen ist. Das hat die FDP bei den Bundestagswahlen 1983 und bei den nachfolgenden Landtagswahlen in Hessen über die Fünf-Prozent-Hürde gerettet. Bei Europa brauchte man sie nicht. Da gab es keine hilfreiche Unterstützung, keine geliehenen Stimmen; und die FDP landete prompt dort, wo sie in Wahrheit schon seit länger Zeit ist - im politischen Jenseits.

Soll man sich darüber freuen?

Nach den Erfahrungen, die wir Sozialdemokraten vielerorts mit der FDP gemacht haben, hätten wir durchaus Grund zur Schadenfreude. Aber in diese Schadenfreude mischen sich Betroffenheit und die Sorge um die liberale Idee: die Betonung von individueller Freiheit, von Toleranz und Pluralität in einer modernen Massengesellschaft. Wenn die FDP als liberale Programmpartei von der politischen Bühne abtritt - wer übernimmt denn die Aufgabe, Liberalität zu gewährleisten und aufzubauen? Eine Partei der Möllmänner kann das nicht und die Partei der Zimmermänner will das nicht. Bleiben die Sozialdemokraten. In ihre Hände ist es gelegt, den Prozeß der programmatischen Erneuerung sozial und liberal zu fundieren. Die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm bietet dazu die Gelegenheit.

(-/25.6.1984/ks/rs)

+ + +

